

Mensch – Gruppe – Gesellschaft

**Von bunten Wiesen und
deren Gärtnerinnen bzw Gärtnern**

Festschrift für

Manfred Prisching

**zum
60. Geburtstag**

herausgegeben

von

**Christian Brünner, Werner Hauser, Ronald Hitzler,
Heinz-Dieter Kurz, Martin Pöllinger,
Peter Reininghaus, Andreas Thomasser,
Gunther Tichy, Peter Wilhelmer**



Wien · Graz 2010

Auch eine Welt von gestern?

Im Dezember 1975 beendete ich *Manfred Prischings* politische Karriere. Beim Versuch, meinem Gedächtnis auf die Sprünge zu helfen, fand ich bei mir zuhause ein paar vergilbte Papiere, die aber für die Rekonstruktion der damaligen Situation von geringem Nutzen waren. Als ich in Archiven danach zu forschen begann, musste ich feststellen, dass die Österreichische Hochschülerschaft an der Universität Graz noch weniger, nämlich gar nichts, aufgehoben hat. Meiner Erinnerung nach kandidierte *Prisching* bei der ÖH-Wahl im Mai 1975 als Spitzenkandidat der ÖSU (Österreichische Studenten Union) und er wurde, obwohl die ÖSU bei der Wahl ein Mandat verloren hatte und nur noch fünf Mandatare stellte, in der konstituierenden Sitzung zum Vorsitzenden des Hauptausschusses gewählt. Die stärkste Gruppe in der ÖH an der Grazer Universität war der RFS (Ring Freiheitlicher Studenten), der sechs Mandate eroberte. Der VSStÖ (Verband sozialistischer Studenten), dessen Spitzenkandidat ich war, kam mit zwei Mandataren auf den dritten Platz, je ein Mandat erzielten die DSU (Demokratische Studenten-Union) und die JES (Junges Europa – Studenteninitiative). Aus Gründen, die mir nicht mehr in Erinnerung sind, wurde ich zum 1. Stellvertreter *Prischings* gewählt. In dem halben Jahr seiner Vorsitzführung quälte eine, wie es in einem Bericht der *Kleine Zeitung* hieß, „häufig auftretende Zufalls-Koalition aus RFS, VSStÖ, DSU und Jes“ *Prisching* und arbeitete auf dessen Abwahl hin. *Prisching* kam dem durch seinen Rücktritt zuvor. Er wolle sich vom „Hauptausschuss weder den Mund verbieten lassen“, noch lasse er sich „zwingen, für Äußerungen und für eine Politik meinen Kopf hinzuhalten, die ich nicht akzeptieren kann“, hieß es in dem Zeitungsbericht über seinen Rücktritt vom Vorsitz der ÖH ein wenig kryptisch.

Ich kann mich nicht mehr erinnern, worum es in den damaligen Auseinandersetzungen in der Grazer ÖH ging, doch ich weiß, dass es uns vor allem darum ging, unsere Macht und Schlaueit unter Beweis zu stellen. Beim Blättern in den damaligen Tageszeitungen stieß ich überraschenderweise auf sehr viele Berichte über Universitätsfragen und Studentenpolitik. Die im Vergleich zu heute sehr ausführliche Berichterstattung über den ÖH-Wahlkampf (die *Kleine Zeitung* berichtete beispielsweise auf der Titelseite: „Hochschulwahl: Höhere Beteiligung als erwartet“) und über Fragen der Universitätsreform resultierte zum einen aus einem recht einfachen Umstand, waren doch zwei ehemalige ÖH-Vorsitzende Redakteure dieses Blattes; zum anderen wurde der hitzigen Auseinandersetzung um die parlamentarische Verabschiedung des Universitäts-Organisationsgesetzes (UOG 1975) breiter Raum gegeben: Alle österreichischen Rektoren legten aus Protest ihre Ämter nieder und manch ein Professor tat kund, dass er nicht nur auf seine Rektorenzulage verzichten würde, sondern gewillt sei, in „geistige Emigration“ zu gehen.

Nach *Prischings* Rücktritt „regierte“ ich dann einige Monate als geschäftsführender ÖH-Vorsitzender, ehe ich des Amtes überdrüssig wurde und ebenfalls demissionierte.

Prisching, der sein Jus-Studium schon mit einem Doktorat abgeschlossen hatte, wandte sich von der Studentenpolitik ab und dem Studium der Volkswirtschaft zu und trat wenige Monate später vertretungsweise eine Assistentenstelle am Institut für Rechtsphilosophie an.

Der Sturz des gerade erst gewählten ÖH-Vorsitzenden durch eine Absprache zwischen ultrarechten RFSlern und sich links der SPÖ wählenden VSSStÖlern ist kein Ruhmesblatt in der Geschichte der Studentengruppe, der ich damals angehörte. Aber diese Episode ist vielleicht ein guter Einstieg, um die Situation der Universität der 1970er Jahre zu beleuchten.

Studentenpolitik war damals für alle Beteiligten eine todernte Sache. Die Szenerie war charakterisiert durch den langsamen Abstieg des RFS, der nicht nur in den Augen seiner linken Gegner ein Haufen Nazi-affiner Burschenschaftler war und bundesweit hinter der ÖSU und dem VSSStÖ auf den dritten Platz abrutschte. In Graz hatte der RFS auf der Medizin seine Hochburg, wo er sechs (von sieben) Mandaten eroberte. Während des ÖH-Wahlkampfes kam es nächstens zu Konfrontationen zwischen Trupps des RFS und solchen linker Gruppierungen, die die eben affischierten Plakate der anderen zu beseitigen trachteten. In der Mensa, in der damals die Sitzungen der ÖH unter großer Beteiligung von heftig akklamierenden und protestierenden Zuhörern abgehalten wurden (die Kleine Zeitung sprach in dem Bericht über *Prischings* Rücktritt von dem „üblichen Spektakel der Vorsitzendenbeschimpfung“), kam es zwischen Vertretern aller Gruppierungen regelmäßig zu hitzigen Debatten und die RFSler gingen aus diesen verbalen Schlachten selten als Sieger hervor. Die ÖSU hielt sich aus diesen Diskussionen weitestgehend heraus, doch auch sie litt wie fast alle anderen Gruppierungen unter heftigen internen Streitigkeiten: Linke spalteten sich als Demokratische Studenten-Union (DSU) ab und viele Rechte liebäugelten mit der neuen konservativen Gruppe JES, die im Wahlkampf mit einer Empfehlung des Kartell-Verbandes nicht farbentragender Studenten aufwarten konnte. Der (farbentragende) Cartell-Verband war sowohl in der ÖSU wie bei der JES vertreten, die durch Adelige unter ihren Funktionären Aufmerksamkeit erregte. Der Enkel des letzten Kaisers, der sich in Graz in den Reihen der JES hervortat und später Bundesrat der ÖVP war, musste noch mehr Spott einstecken als die schmißverzierten Recken der Freiheitlichen.

Auf der Linken war das Getümmel miteinander rivalisierender Grüppchen weit unübersichtlicher. Im Gegensatz zu den rechten Gruppierungen, die bei den ÖH-Wahlen, zur Verwunderung aller Linken, regelmäßig weit mehr Stimmen gewannen, beherrschten die linken Gruppen die Welt der ideologischen Debatten, deren es damals mehr als genug gab. Nahezu wöchentlich fand irgendwo eine Veranstaltung statt, zu der sich die Bataillone von MSO (Marxistisch-Leninistische Studenten-Organisation, „Maoisten“), GRM (Gruppe Revolutionärer Marxisten, „Trotzkisten“), KSV (Kommunistischer Studentenverband, „Moskautreue“), VSSStÖ und noch kurzlebigerer anderer Gruppierungen einfanden. Bei der ÖH-Wahl konnten die linksradikalen Grüppchen, mit insgesamt weniger als 200 für sie abgegebenen Stimmen, an der Grazer Universität keine Mandate erringen.

In ideologischen Fragen standen sich die drei Lager – Konservative, Rechtsradikale und Linke – bürgerkriegsgleich gegenüber. Freundschaften über Gruppengrenzen hinweg waren undenkbar, doch die soziale Herkunft der Exponenten der verschiedenen Studentenparteien entsprach dem Spektrum der österreichischen Akademiker. Die Eltern, oder genauer die berufliche und weltanschauliche Position der Väter, bestimmten weitgehend die Wahl

der Studienrichtung ihrer Sprösslinge und deren allfällige Mitgliedschaft in Studentenparteien. Die Anhängerschaft des RFS rekrutierte sich aus den freien Berufen der niedergelassenen Ärzte, Rechtsanwälte und Notare, die ihre Kinder männlichen Geschlechts in den Burschenschaften in guten Händen wussten. In der ÖSU und ihren Abspaltungen fanden sich die katholisch sozialisierten Kinder von Beamten, Wirtschaftstreibenden und ÖVP-Politikern, die in der Katholischen Hochschulgemeinde und im Cartellverband ihre lebensweltliche Prägung fanden. Adeligen und prononciert Konservativen war die ÖSU zu links, sie blieben in der JES unter sich. Das Milieu sowohl der Burschenschaften als auch des Cartellverbandes war traditionell männerbündisch, weshalb sowohl im RFS wie der ÖSU Frauen kaum vorhanden waren. Studentinnen aus diesen sozialen Milieus mussten sich entweder mit der Rolle der Chordamen (das ist die weibliche Begleitung, mit der sich Burschenschaftler gelegentlich schmücken) zufrieden geben oder fanden, wenn sie katholisch waren, in der Katholischen Hochschulgemeinde (Studentenheim-)Platz und Gruppenanschluss. Der langsame Abstieg des RFS war wohl darauf zurückzuführen, dass dessen relative Stärke unter den steigenden Studentenzahlen litt; seine Attraktivität beschränkte sich nahezu strikt auf jene, die über das Elternhaus rekrutiert wurden. Die Mitglieder der verschiedenen linken Gruppierungen kamen in der überwiegenden Mehrheit aus bürgerlichen oder kleinbürgerlichen Familien. Nur im VSStÖ gab es einige wenige, deren Väter Arbeiter waren oder in den Gewerkschaften und der SPÖ aktiv waren; ähnliches galt auch für den KSV, zu dessen Funktionären ein paar Söhne von KPÖ-Politikern zählten. Die linken Bürgerkinder, die sich in den verschiedenen neuen Grüppchen, aber auch im VSStÖ tummelten, bildeten eine zahlenmäßig überschaubare Gruppe. Im Gefolge der Jugendrevolte der 1960er Jahre distanzierten sie sich vom kulturellen Habitus ihrer Eltern; später kehrten die meisten dorthin zurück, wo sie ihre sozialen Wurzeln hatten.

An dieser Stelle ist es angebracht, ein wenig mehr über die Jugendrevolte und deren Echo in der österreichischen Provinz zu sagen. Die Protestgeneration der 1960er und 1970er Jahre war vor allem dadurch gekennzeichnet, dass sie von Kindern und Jugendlichen dominiert wurde, die aus Familien stammten, deren Größe erstmalig in der Geschichte dem Modell der Kleinfamilie entsprach. Die (klein-)bürgerliche Familie dieser Jahre bestand aus einem einer außerhäuslichen Erwerbstätigkeit nachgehenden Vater und einer sich um den Haushalt und die Kinder kümmernden Mutter, die, falls sie einen Beruf erlernt hatte, diesen jedenfalls nicht ausübte. Gab es in diesen Familien Mädchen, stellte sich die Frage, ob sie auch auf die Universität gehen sollten. Wegen der Ausweitung des Schulsystems – jede österreichische Bezirksstadt sollte eine höhere Schule bekommen – herrschte damals Lehrermangel, der die Mädchen einlud, diesen Beruf in Erwägung zu ziehen und ein Lehramtsstudium zu beginnen. Diejenigen von uns, die an der damals noch gemeinsamen Philosophischen Fakultät ein reines Doktoratsstudium machten, blickten ein wenig herablassend auf die Lehramtsstudenten, die zu einem Studienabschluss kamen, ohne eine Dissertation schreiben zu müssen. Am Studienende standen sie dann ohne Titel da, weil ihnen der Magister erst später (und rückwirkend) verliehen wurde, doch dafür durften sie sich nach Eintritt in das Schulsystem „Professor“ nennen (was einige unter den wenigen, die als „Bundeslehrer im Hochschuldienst“ eine Anstellung an der Universität fanden, veranlasste, sich den selbstgestrickten Titel „Professor an der Universität“ zu ver-

leihen). Der Wegfall der Studiengebühren und die Einführung einiger anderer, wenn auch sehr begrenzter, materieller Vergünstigungen für Studenten, erleichterten es den Familien, den Wunsch nach *sozialem Aufstieg ihrer Kinder in die Tat* umzusetzen. Viele Eltern nahmen das durchaus als eine riskante Entscheidung wahr, da sich die Welt der Universität für Neulinge damals sozial noch weitaus elitärer präsentierte. Dass man nach der Matura studieren durfte, wurde von Eltern, die selbst keine Erfahrungen mit Universitätsstudien hatten, wohl als Wagnis betrachtet, was ihre Kinder durch *zügiges Studieren anerkennen sollten*. Wenn die Kinder dann auf der Universität Spompanadeln machten, politisierten statt zu studieren, gar an Demonstrationen teilnahmen oder für den Inhalt eines Flugblattes presse-rechtlich verantwortlich zeichneten, dann herrschte am Familientische Ausnahmezustand. Von der Politik lasse man lieber die Hände, wussten die Eltern und konnten das dennoch nicht an ihre rebellierenden Kinder als Maxime vermitteln. Das Bürgertum, das es in der österreichischen Provinz nur in der kleinen Form gab, hatte mit der Politik im 20. Jahrhundert nur schlechte Erfahrungen gemacht, doch plötzlich wollte die nächste Generation davon nichts mehr wissen.

Die Studenten der 1960er und 1970er Jahre strebten nach einem sozialen Status, der jenen ihrer Eltern übertraf, und sie lösten sich auch in ihren kulturellen Präferenzen von den Traditionen ihrer Eltern. Am deutlichsten wurde das beim Musikgeschmack und der Mode sichtbar. *Beatles, Rolling Stones, Bob Dylan* und all die anderen stießen bei den damaligen Eltern auf wenig Verständnis, der Beat war in der Tat nur eine Sache der Jüngeren. Der neue Radiosender Ö 3 wurde von Jugendlichen gehört, und da damals in vielen Familien nur ein Radio vorhanden war, musste es zu Kämpfen kommen; falls die Kinder ein eigenes Radio hatten, verlagerte sich die Auseinandersetzung dahin, dass das Kinderradio zu laut spielte. Die generationstypischen Musikvorlieben fanden eine Fortsetzung in der Mode: Lange Haare bei den Söhnen und Jeans bei den Töchtern führten zu Konflikten in den Familien.

Anders als bei der Musik und der Mode drangen andere Elemente der sich in allen Ecken der westlichen Welt manifestierenden Jugendkultur kaum bis in die österreichische Provinz vor. Die weite Welt kam als Vinyl-Schallplatte im Singleformat mit 45 Umdrehungen und als kaum erschwingliche Langspielplatte mit 33 Umdrehungen *pro Minute* auch bis Graz. Plattengeschäfte florierten, während es Druckwerke weit schwerer hatten, lokale Anbieter zu finden. Wer etwas auf sich hielt, kaufte montags den „Spiegel“, den man in Graz immerhin kaufen konnte, während Bücher oder gar fremdsprachige Zeitungen oder Zeitschriften Mangelware blieben. Die Produkte der in den 1970er Jahren im benachbarten Deutschland gegründeten Kleinverlage Wagenbach, März, Neue Kritik, Europäische Verlagsanstalt führte kaum eine Buchhandlung. Wollte man sich über die weite Welt informieren, standen einem damals allein die billigen Bände der edition suhrkamp und von rororo-aktuell zur Verfügung. Neben der den Markt dominierenden Kleinen Zeitung gab es auch noch die Blätter der drei Parteien ÖVP, SPÖ und KPÖ, nämlich Tagespost, Neue Zeit und Wahrheit. Die lokalen Zeitungen berichteten über Sitzungen der Hochschülerschaft, doch über die große weite Welt erfuhr man aus ihnen wenig. Dem Bedürfnis nach Lese-stoff kamen Büchertische diverser Studentenparteien und kurzfristig entstandener Initiati-

ven entgegen, auf denen auch gelegentlich Raubdrucke zu finden waren, die aus Deutschland importiert wurden.

Während der Sommerferien arbeiteten viele Studenten in Fabriken, und wenn diese in einer der deutschen Großstädte beheimatet waren, konnte man aus den dortigen studentischen Buchläden Neuerscheinungen mitbringen. Zurück in Graz tauschte man Erfahrungen darüber aus, dass es anderswo doch lebendiger zuging. Im Gegensatz zu heute gab es damals nur wenige Studentenlokale, sodass sich viele Gespräche in der Mensa, in Studentenheimen, den zögerlich entstehenden Wohngemeinschaften, in Lokalen der Studentenorganisationen oder in Hörsälen abspielten, die abends von irgendeiner Studentengruppe für eine Diskussion angemietet wurden, wobei wahlwerbende Gruppierungen der Hochschülerschaft dafür nicht bezahlen mussten. Solche teach-ins waren meist ganz gut besucht, und es will mir scheinen, dass der Mangel an Studentenlokalen und die damals relativ bescheidenen Finanzmittel, die Studenten zur Verfügung standen, dazu beitrugen.

Zur Diskussion standen damals nicht nur, nicht einmal vorrangig, studentische Anliegen. Jenseits der Universität gab es Neuigkeiten und Herausforderungen, die oftmals spannender waren als die verschlafene kleine Welt einer Provinzuniversität. Was *Ralf Dahrendorf* das Zeitalter der Sozialdemokratie nannte, kennzeichnete gesellschaftspolitisch diese Jahre. Die von der SPÖ unter *Kreisky*, der im Oktober 1975 wieder die absolute Stimmenmehrheit bei den Nationalratswahlen erzielen konnte, ausgerufene Modernisierung Österreichs attrahierte auch Bürgerliche, zumindest deren Kinder. Der Öl-Schock und die Debatte um die Grenzen des Wachstums standen erst noch ins Haus. *Simon Wiesenthals* Veröffentlichung der SS-Einsatzgruppen-Beteiligung von *Friedrich Peter* öffnete den Blick auf die Nazi-Vergangenheit, wobei sich die Sozialdemokraten in dieser Auseinandersetzung nicht gerade mit Ruhm bedeckten. Das Ende von *Franco* und Portugals Entkolonialisierung seiner überseeischen Besitzungen und die von manchen als Revolution bezeichneten politischen Veränderungen in Portugal, der Fall Saigons und der Sieg des Vietkong, aber auch der Khmer Rouge im benachbarten Kambodscha, lieferten genügend Diskussionsstoff. Während der globale und der europäische Süden tiefgreifende Wandlungen erlebte, verharrte der europäische Kontinent immer noch in der Ost-West-Polarität des Kalten Krieges, dessen festgefahrene Fronten in Italien durch die Entstehung des Eurokommunismus zu erodieren begannen. *Andrej Sacharow*, dem 1975 der Friedensnobelpreis verliehen wurde, konnte diesen persönlich nicht in Empfang nehmen. Eine Reise nach Oslo hätte ihm wohl das Schicksal *Alexander Solschenizyns* bereitet, der im Jahr davor aus der Sowjetunion ausgebürgert wurde. Dass die Schlussakte von Helsinki und die dort aus der Taufe gehobene Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, KSZE, zur Entstehung der Dissidentenbewegung in Sowjeteuropa führen sollten, konnte man ebenso wenig erahnen, wie man sich angesichts des Terrors, der im Dezember 1975 mit dem Überfall auf die Tagung der OPEC in Wien auch Österreich erfasste, über die Stabilität demokratisch verfasster Gemeinwesen in Sicherheit wiegen hätte können.

Die kleine Welt der österreichischen Universitäten erlebte 1975 mit dem Universitätsorganisationsgesetz (UOG) einen Wandel, der die alte Universität zu Grabe tragen wollte, was von heftigem Widerstand der Etablierten begleitet wurde. Bis dahin wurde die Universität von den Ordinarien beherrscht und alle anderen Gruppierungen, die stark zuneh-

mende Zahl der Universitätsassistenten und eben die Studenten, hatten nirgendwo Sitz oder Stimme. Natürlich regierte die Universität tatsächlich das Wissenschaftsministerium, doch dessen Einfluss und Macht entzog sich den interessierten Augen, zumindest jener der Studenten(-funktionäre). Der verlängerte Arm des Ministeriums war der Universitätsdirektor, ein zur Cholerik neigender Hofrat, der die Fäden weit mehr in der Hand hatte als Rektor und Dekane zusammen, der aber, wie es sich für einen Beamten gehört, eher im Stillen wirkte. Die Debatte um die Demokratisierung der Universitäten orchestrierte die jahrelange Auseinandersetzung um die Hochschulreform, die seit Beginn der Alleinregierung der SPÖ am Tapet stand. Slogans wie jener, dass es darum ginge, mehr Demokratie zu wagen oder dass gar alle Räume des Lebens von Demokratie durchflutet werden sollten, für mehr Selbstbestimmung und mehr Mitbestimmung gesorgt werden müsse, standen hoch im Kurs und brachten der SPÖ jene Weggenossen, die eingeladen waren, ein Stück des Weges mit ihr zu gehen. Die Forderung nach Demokratisierung war nun beileibe keine österreichische Erfindung, sondern hallte aus Deutschland herüber.

Was war damit gemeint und welche Probleme der beginnenden Massenuniversität sollten durch die Demokratisierung gelöst werden? Die Interessen der Wissenschaftsministerin *Hertha Firnberg* und die Überzeugungen der meisten Studentenparteien trafen sich darin, dass beide der Parole Demokratisierung ihren eigenen Sinn abgewinnen konnten. Auf Regierungsseite ging es wohl um zweierlei: Zum einen hatten verschiedene internationale Instanzen, wie beispielsweise die OECD, den österreichischen Hochschulen kein gutes Zeugnis ausgestellt; sie hielten sie insbesondere für unfähig, mit der allgemein gewünschten Ausweitung der Zahl der Studierenden zu Rande zu kommen. Zum anderen waren die Universitäten seit 1945 fest in der Hand des Cartellverbandes und der ÖVP, die sich beide vehement gegen eine Vergrößerung der Zahl der Hochschullehrer und der Studenten wehrten. In diesem Punkt folgten die Professoren nur allzu gern der nunmehrigen Oppositionspartei, der sie, wenn sie ihr vielleicht auch nicht als Mitglieder angehörten, so doch ihre Karriere verdankten.

Die Eigeninteressen jedes einzelnen Professors ließen sich leicht zu einem kollektiven Widerstand bündeln, weil jedem Professor durch die Ausweitung der Zahl der Professoren unmittelbar Ungemach drohte. Die alte Universität bestand aus einem sehr losen Verband von Lehrkanzeln, deren Inhaber jeweils allein ein „Nominalfach“ in Lehre und Forschung zu vertreten hatten und eifersüchtig darüber wachten, dass niemand in ihr Hoheitsgebiet eindringen konnte. Wer also beispielsweise auf die Professur für Volkswirtschaftslehre oder Pädagogik berufen worden war, durfte dieses Fach für sich allein beanspruchen. Bei der Errichtung neuer Professuren achteten die Etablierten darauf, dass das Fach des neu zu Berufenden sich mit all jenen, die schon vorhanden waren, möglichst nicht überschneide. Innerhalb des eigenen Territoriums war jeder Professor Alleinherrscher. Er entschied, wen er als Assistenten einstellte, und er wählte unter seinen Assistenten jenen aus, den er zur Habilitation führte, womit in der Regel auch der künftige Nachfolger gekürt wurde. Dieses System funktionierte zur Zufriedenheit aller jener, die auf Lehrkanzeln saßen, und zwang die Assistenten sich ihm unterzuordnen, da sie andernfalls nicht zur Habilitation zugelassen worden wären. Eine steigende Zahl von Assistenten entlastete den Professor in der Lehre und erhöhte die Zahl der willigen Hände und Köpfe bei der Verfertigung wissenschaft-

licher Arbeiten. Mehr als nur einen Assistenten zu haben, demonstrierte die Bedeutung des Faches, das der Professor vertrat und vergrößerte dessen Reputation. Unter diesen Assistenten herrschte eine latente Konkurrenz, da allen klar war, dass nicht jeder nach oben kommen wird dürfen.

Die Beziehung zwischen Professoren und ihren Assistenten war damals noch durch und durch feudal. Feudal im Sinne wechselseitiger Verpflichtung: In einer Patron-Klient-Beziehung hat der Herr seinem Schützling „Schutz und Schirm“ zu gewähren und erhält dafür „Rat und Hilfe“, was nichts anderes meint als den „Einsatz der ganzen Person“ zugunsten des Herrn. Wenn damals in Tageszeitungen über fragwürdige Aktivitäten eines Assistenten berichtet wurde, wurde immer auch der Name des Herrn, also des vorgesetzten Professors genannt. Eine der Auseinandersetzungen, die schließlich zum Rücktritt *Prischings* vom ÖH-Vorsitz führte, ging um die von der erwähnten „Zufalls-Koalition“ durchgesetzte Kostenübernahme eines Vortrags des bekannten Kirchenkritikers *Karl-Heinz Deschner*, der von einer klandestinen Gruppe mit dem Namen „Aktion für die Trennung von Kirche und Staat“ zu einem Vortrag über „Die Sexualmoral der Kirche“ eingeladen worden war. Dazu muss man wissen, dass während des ganzen Jahres 1975 die „Aktion Leben“ Unterschriften für ein Volksbegehren sammelte, das die kürzlich beschlossene Straffreiheit des Schwangerschaftsabbruchs rückgängig machen wollte. Die Kleine Zeitung berichtete über dieses wie sie es nannte „Kirchenkampfkomitee“ und zählte die Namen der Proponenten auf, unter anderen „drei Assistenten des Instituts für XY“. In Klammer stand der Name des Institutsleiters, der von den Aktivitäten „seiner“ Assistenten erst aus der Zeitung erfuhr, wie die drei in einem Leserbrief, der wenige Tage später erschien, betonten: „Es ist ganz unberechtigt, daß in Verbindung mit dieser unserer privaten Tätigkeit der Vorstand des Instituts, an dem wir beschäftigt sind, genannt wird. Professor XY hatte keinerlei Kenntnis von dieser Aktion ... Wir können die Form der Berichterstattung (...) nur so verstehen, daß damit versucht werden sollte, uns durch die Vermengung von beruflicher und privater Tätigkeit unter Druck zu setzen.“

Dass es sich bei dieser Art von Berichterstattung um keinen Einzelfall handelt, kann man derselben Zeitung wenige Tage später entnehmen. Im Zuge einer damals viel Staub aufwirbelnden angeblichen „kommunistischen Unterwanderung der Universitäten“ („Alarm an der Klagenfurter Universität: Bei den Personalvertretungswahlen an der für die gesamt-österreichische Lehrerausbildung zuständigen Hochschule stimmten 16 von 52 akademischen Lehrern für die unter dem Namen ‚Linksblock‘ kandidierenden Kommunisten. Die Kärntner Uni ist also linksradikal unterwandert“, konnte man auf der Titelseite unter der Überschrift „Unterwandern Ultralinke unsere Universitäten?“ lesen) wurde ebenfalls nicht nur der Name des Listenführers genannt, sondern auch darauf hingewiesen, dass dieser „Soziologe (...) über eine öffentliche Ausschreibung des Postens an die Klagenfurter Lehrkanzle von Professor XY“ kam.

Mitte der 1960er Jahre wurden die Studiengänge gegen den hinhaltenden Widerstand der Professorenschaft reformiert. Bis dahin hatten Studenten de iure in den meisten Fächern nur eine Dissertation vorzulegen und sich angeblich strengen Abschlussprüfungen zu stellen (de facto musste eine beschränkte Zahl von Zeugnissen über Vorlesungen und Seminare vorgelegt werden, ehe man zu den Rigorosen zugelassen wurde). Als Fach, in

dem man eine Dissertation schreiben konnte, galten alle durch Professoren vertretenen Nominalfächer. Nur in Jus und Medizin gab es andere Verfahren. Mit dem Allgemeinen Hochschulstudiengesetz (AHStG 1966) wurden nun zentral Studienordnungen erlassen und die Universitäten sollten diese in Studienplänen konkretisieren, wozu noch vor dem UOG drittelparitätische Studienkommissionen eingerichtet wurden. Die stark vermehrte Zahl an Pflichtlehrveranstaltungen machte eine Ausweitung der Zahl der Hochschullehrer unabdingbar. Zuerst wurden diese neuen Studienbedingungen in neu errichteten Studienrichtungen wie beispielsweise Betriebs- und Volkswirtschaftslehre oder Soziologie eingeführt, was mit der Berufung von mehr als einem Fachvertreter verbunden war. Die traditionellen Studienfächer der Philosophischen, Juridischen und Medizinischen Fakultät ließen sich mit der Reform so lange wie nur möglich Zeit; der Widerstand gegen dieses neue Studiensystem konzentrierte sich vordergründig auf den damals neu geschaffenen Titel des Magisters, der „Akademikern“ nicht zuzumuten sei. Tatsächlich ging es auch schon damals darum, alles zu tun, dass alles beim Alten blieb.

Für die SPÖ-Regierung bedeutete Demokratisierung also, sich eines Banners zu bedienen, was hohe symbolische Zustimmung erwarten ließ, um darunter einerseits Personalpolitik machen zu können und andererseits eine von Instanzen wie der OECD geforderte Erneuerung des Universitätssystems gegen den Widerstand der Etablierten durchzuboxen. Im ersten Punkt, der Platzierung von Hochschullehrern, die nicht dem konservativen Lager zuzuordnen waren oder wenigstens bis zu ihrer Ernennung diesen Eindruck vermittelten, war die SPÖ an den neu gegründeten Universitäten in Linz und Klagenfurt aus leicht ersichtlichen Gründen erfolgreicher als an den alteingesessenen. Ministerin *Firnberg* musste die Berufung eines „Roten“ durch Ernennung von mehr als einem der Professorenschaft Genehmen erkaufen. Politisch einigermaßen geschickt schuf das Wissenschaftsministerium dann auch eine neue Kategorie von so genannten „außerordentlichen“ Professoren. Zustimmungsfähig wurde diese Maßnahme durch Hinweis auf die hohe und zunehmende Zahl an „Auswanderern“ unter dem akademischen Nachwuchs. Vor allem, weil in Deutschland die Expansion des Universitätswesens früher, rascher und umfassender erfolgte, nahmen viele im österreichischen Universitätssystem stecken Gebliebene dort Stellen an. Der Einführung dieser neuen Professorengruppe konnte sich offiziell kaum jemand verschließen. Ihre Folgen waren höchst unterschiedlich: Heftig akklamiert, wenn auch nicht in der Öffentlichkeit, wurde sie von all jenen, die sich unmittelbar Hoffnungen machen durften, zu den Bevorzugten zu zählen. Dem Ministerium waren die neuen Professoren sowohl als vergleichsweise billigere Lehrkräfte mit fixiertem Lehrdeputat willkommen als es auch hoffen durfte, dadurch die Phalanx der Professorenschaft ein wenig ins Wanken zu bringen.

Anfangs wurden diese Stellen weder ausgeschrieben noch die Bewerber einer eingehenden Prüfung ihrer Würdigkeit unterzogen, was dazu führte, dass vor allem in jenen Fakultäten, deren Ordinarien nur ein gering entwickeltes Verständnis für Machtbalancen besaßen, alsbald die Ordinarien in der Minderheit waren. Da der Bewerberpool um diese Stellen aus Personen bestand, die es im alten System immerhin über die Habilitationshürde gebracht haben mussten, drohte auch keine völlige Dekomposition des professoralen Habitus. Die aggregierte Qualität der österreichischen Professorenschaft scheint durch diese Maßnahme jedenfalls nicht massiv gesteigert worden zu sein. Dafür war verantwortlich,

was ich andernorts Gesetz des tendenziellen Falls der Reputationsrate genannt habe. Dieses (empirisch erst noch zu bestätigende) Gesetz, formuliert, dass ein in ein System neu Eintretender das Ansehen der schon in Amt und Würden Befindlichen keineswegs übertreffen soll. Wendet man diesen Gedanken auch auf die Bewältigung von vorgelagerten Karriereschritten, wie beispielsweise die Habilitation, an, hieße das, dass die Mitglieder des Bewerberpools für die neuen ao. Professuren die etablierten Ordinarien zumindest performativ nicht überbieten durften. Anekdotische Evidenz spricht für die Richtigkeit des hier formulierten Zusammenhangs.

Ein Nebeneffekt, den das Ministerium entweder nicht sehen wollte oder willentlich ignorierte, war die kollektive Schwächung des so genannten Mittelbaus. Als Verbündete im Bemühen um die Reformierung der Universitäten spielte diese Gruppe keine Rolle, weil deren Mitglieder ihre individuellen Chancen zum Avancement nicht durch allzu aufmüpfiges, gar öffentliches Reden zugunsten der Demokratisierung in Frage stellen wollten. In lebhafter Erinnerung ist mir immer noch ein Beitrag eines damaligen Assistenten der Grazer Juridischen Fakultät, der sich unter dem sprechenden Titel „Fundamentaldemokratisierung“ zur „Demontage aller Lebensbereiche und zum Verlust der Freiheit“ äußerte.

Die Studenten, wobei hier natürlich nur die in Fragen der Hochschulreform Aktiven (abzüglich der RFSler, die sich als treue Burschen ihrer alten Herren gegen das UOG wandten) gemeint sind, verbanden mit der Forderung nach Demokratisierung etwas anderes. Allen Studenten gemeinsam war, dass ihnen eine Situation, die in der alten Universität noch möglich war, nicht mehr im ausreichenden Maße zur Verfügung stand. Solange die Zahl der Studenten klein war, stand einer persönlichen Kommunikation zwischen Professoren und Studenten nichts im Wege. Steigende Zahlen von Studenten ließen das immer weniger zu und Klüfte zwischen den Generationen verunmöglichten schließlich einen engen Kontakt zwischen Lehrern und Studenten. Mir scheint, dass hier verschiedene Faktoren ineinander gegriffen haben, an deren Ende jedenfalls eine Art Nichtkommunikation zwischen Professoren und Studenten stand. Mit Ausnahme jener Professoren, die qua Rolle als „alte Herren“ in CV-Verbindungen oder Burschenschaften eine Gesprächsebene zumindest mit jenen Jüngeren hatten, die der Welt der Studentenverbindungen angehörten, sprachen die anderen Professoren mit Studenten nur in den formellen Settings des Hörsaals, Seminarraums oder bei Prüfungen. Die von Gralshütern der Humboldt-Welt so gerne zitierte Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden war in den 1970er Jahren jedenfalls nicht mehr vorhanden, falls es sie überhaupt jemals gegeben hat. Denkbare Gründe für diese Kommunikationslosigkeit könnte man zum einen in den biografischen Verstrickungen der Professoren vermuten, die informelle Gespräche schon deswegen fürchten mussten, weil in ihnen ein Jüngerer, vielleicht durchaus naiv, Fragen stellen hätte können, die zu beantworten dem Älteren unangenehm hätte werden können, da jede Frage danach, wie es dem Lehrer denn in jungen Jahren gegangen sei, die Untiefen einer lieber mit Schweigen zugedeckten Vergangenheit berührt hätte. Zum anderen scheinen die Professoren weit mehr als die damals jungen Studenten einen Generationskonflikt für existent gehalten zu haben, der aber nur insofern vorhanden war, als die Jüngeren, wie oben ausgeführt, einen differenten kulturellen Habitus auszubilden begannen. Mir scheint, dass die Professoren oftmals tatsächlich mehr Angst vor Studenten hatten als umgekehrt. Die wenigen verbalen

Herausforderungen von studentischen Aktivisten waren, vielleicht manchmal ein wenig ruppig vorgebrachte, Wünsche nach Diskussion oder Aufforderungen zur Begründung von autoritativ verkündeten Wahrheiten. Zumindest in Graz ging es nie über diese Stufe der Provokation hinaus, auch wenn bei der Abwehr solcher Verlangen gerne auf abschreckende Beispiele an deutschen Hochschulen verwiesen wurde, deren Überschwappen auf Österreich zu verhindern sei. Die Forderungen der Studenten hätte ein sozial kompetenter Erwachsener leichterding parieren können, tatsächlich wurde auf sie in einer Weise autoritär reagiert, dass man annehmen muss, es habe sich um eine von Angst bestimmte Flucht in autoritäres Gehabe gehandelt. Ich meine mich nicht falsch zu erinnern, dass wir das damals schon so ähnlich gedeutet haben.

Die pompöse Forderung nach Demokratie entpuppt sich bei näherem Hinsehen als durchaus verständlicher, wenn auch vielleicht ein wenig ungestüm vorgetragener Wunsch nach Gehör und Diskussion. Ich hoffe mich nicht zu täuschen oder einem Wunschdenken zu erliegen, wenn ich mich erinnere, dass in formalen Gesprächssituationen, was nach der Einführung des UOG regelmäßiger stattfand, die Studentenvertreter oftmals eine gelungenerere Vorstellung gaben als die versammelten Professoren. Das mag damit zu tun haben, dass die Studentenvertreter in der Hochschülerschaft wegen der dort herrschenden Polarität zwischen den Studentenparteien lernen mussten, die Spielregeln der Geschäftsordnung genauestens einzuhalten, während sich die Professoren selten an Formalien hielten und pure Macht demonstrierten. Die Redeschlachten unter rivalisierenden Studentengruppen hatten deren Exponenten gelehrt, wie man überzeugt, wenn das auch oftmals nur um den Preis der Demagogie zu haben war. So betrachtet war die Hochschülerschaft keine schlechte Schule. Auch wenn wir nicht wussten, was wir lernten, so lernten wir es ganz gut.

Dass es den Studenten damals vor allem um diskursive Belange ging, kann man auch an einem anderen, weitestgehend Zustimmung findenden Anliegen ersehen: Neben der Forderung nach Demokratisierung wurde fast ebenso nachdrücklich die Forderung nach Hochschuldidaktik erhoben. Dass diese im Argen lag, war für nahezu niemanden unter den studentischen Aktivisten strittig. Die vorherrschende Form des Unterrichts war die Vorlesung und sie war es im wörtlichsten Sinn. Der Professor erschien c.t., oftmals begleitet von einem, seinem Assistenten, die bereits im Hörsaal versammelten Studenten begrüßten die Eintretenden durch Trommeln mit den Knöcheln. Die Tafel wurde, falls sie nicht schon von einem Studenten freundlicherweise gelöscht wurde, vom Assistenten gesäubert. Nun konnte es los gehen. Der Professor entnahm seiner Aktentasche ein Bündel Papier, legte dieses auf das Rednerpult und begann daraus vorzulesen. Meist mit monotoner Stimme ging das dann für die nächsten eineinhalb Stunden so dahin. Die Studenten schrieben mit, da das Gesagte sonst unwiederbringlich verloren gewesen wäre. Freundlicherweise schrieb der Professor gelegentlich Eigennamen auf die Tafel, die nur bei den Formal- und Naturwissenschaften wirklich als Lernhilfe genutzt wurde. Von jenen Vorlesungen, bei denen sich nicht nur die formale Zeremonie wiederholte, sondern die vorgelesenen Inhalte über Semester hinweg dieselben blieben, gab es gelegentlich von der Hochschülerschaft vertriebene Skripten, die auf Mitschriften früherer Zuhörer beruhten. Als studentenfreundlich galt ein Professor, wenn er das Skriptum autorisierte, was bedeutete, dass ein Assistent die ihm vorgelegten studentischen Mitschriften approbierte. Am Semesterende hatte man sich

dann im Zimmer des Professors zur mündlichen Prüfung einzufinden, während derer der Prüfungskandidat für die Dauer von 30 Minuten penibel den Inhalt zu repetieren hatte, der im Semester davor vorgelesen worden war. Selten gab ein Professor die Quellen bekannt, aus denen er sein Wissen schöpfte, Lehrbücher gab es, aber dass man sich aus ihnen Wissen hätte aneignen können, wurde nicht offenbart. Übungen und Proseminare wurden von Assistenten gehalten, die oft genug nicht deren eigene, sondern die Textauswahl des Professors zur Grundlage hatten. Wöchentlich wurden die am Semesterbeginn verteilten Texte in mündlichen Referaten der Studenten wiedergegeben, woran sich eine mehr oder weniger ausführliche Diskussion anschloss. Die Seminare wurden von den Professoren selbst nach demselben Schema abgehalten, an ihnen nahmen oftmals die Assistenten des jeweiligen Professors teil, manchmal durchaus aktiv und gelegentlich kam es zu Diskussionen zwischen Assistent und Professor. Manche dieser Lehrveranstaltungen habe ich in ganz guter Erinnerung. In einigen habe ich wohl auch wirklich etwas gelernt, doch so richtig zufrieden waren wir mit dieser Art akademischer Lehre damals nicht.

Die Schriften zur Hochschuldidaktik lieferten uns die Stichworte für unsere Unzufriedenheit und in den Studienkommissionen kämpften wir darum, die Lehre zu verbessern: Inhaltlich aufeinander abgestimmte Lehrveranstaltungen, exemplarisches Lernen im Projektstudium, das mehrere Lehrveranstaltungen miteinander verbinden sollte, team teaching, um unterschiedliche Sichtweisen verschiedener Professoren kennen zu lernen, ganz generell vermehrte studentische Aktivitäten und vor allem anderen die ersatzlose Streichung der Vorlesung, weil wir ja des Lesens fähig wären. Da seit der Erfindung des Buchdrucks nun doch schon einige Jahre ins Land gezogen seien, genüge es doch, uns zu sagen, was wir lesen sollen und die Professoren mögen uns Fragen beantworten, sie sich uns nach der Lektüre stellten. Unter dem Schlagwort der Hochschuldidaktik segelte auch die Forderung nach „Einbeziehung sozialwissenschaftlicher Methoden und Erkenntnisse“, beispielsweise in die Juristenausbildung, wofür sich *Manfred Prisching*, damals noch in seiner Funktion als Leiter der ÖH-Fachschaftsvertretung der Juristen, gemeinsam mit *Michael Steiner* in einem Gastkommentar aussprach, der in der Kleinen Zeitung anlässlich der Diskussion um die Novellierung des juristischen Studiengesetzes unter dem Titel „Das isolierte Recht“ erschien. Dieser Beitrag endet mit der Forderung, künftig sollten Juristen sich als „Sozialtechniker“ um den „Gegenstand unserer Zeit kümmern: Verständnis und Entwicklung, Analyse und Veränderung unserer menschlichen Gesellschaft.“

Durchaus naheliegende andere Wünsche wurden nicht formuliert, etwa solche, die sich darauf beziehen hätten können, dass wir doch am Ende des Studiums eine Dissertation zu schreiben hätten. Ehrlich gestanden hatte keiner von uns eine Ahnung, wie wir das machen sollten. Wie wissenschaftlich zu arbeiten sei, erlernten wir durch Nachahmung. Das klappte bei der formalen Gestaltung damals noch auf mechanischen Schreibmaschinen getippter Arbeiten besser als in jenen Bereichen, wo wir auf eine gut ausgestattete Bibliothek angewiesen gewesen wären, die es nicht gab. Die Bestände der Universitäts- und der Institutsbibliotheken begrenzten die Welt möglichen Wissens in dramatischer Weise, weshalb unsere Seminararbeiten sich darauf beschränkten, beschränken mussten, das Zugängliche zu referieren. Eine systematische Aufarbeitung des aktuellen Wissens- und Diskussionsstandes war weder gefordert noch wäre so etwas damals durchführbar gewesen. Neuere

Entwicklungen in irgendeinem Fach gelangten nur durch Gastvortragende nach Graz, die in manchen Disziplinen, für mich glücklicherweise in den beiden, die ich studierte, regelmäßiger eingeladen wurden als in anderen.

Die beiden studentischen Forderungen der 1970er Jahre, sowohl die nach Demokratisierung wie jene nach einer besseren Hochschuldidaktik, zielten auf die für Studenten offensichtlichsten Mängel des österreichischen Universitätswesens der 2. Republik. So berechtigt und zutreffend die darin zum Ausdruck kommenden Motive auch waren, reichten sie als Analyse und Kritik des Universitätssystems nicht aus. Wenn angesichts der gegenwärtigen Veränderungen des Universitätssystems manche, die die allerneuesten Reformen skeptisch beurteilen, gelegentlich davon reden, früher sei es besser gewesen, handelt es sich allerdings wohl eher um einen akuten Fall von Nostalgie und hoffentlich nicht um den Wunsch, die Welt der alten Universität wieder erstehen zu sehen.

Nach dem mehr oder weniger unfreiwilligen Rücktritt vom Vorsitz der Hochschüler-schaft im Spätherbst 1975 hat *Manfred Prisching* nie mehr für ein öffentliches Amt kandidiert. So wie zwei andere Spitzenkandidaten wahlwerbender studentischer Gruppen der ÖH-Wahl 1975 führte auch sein beruflicher Weg in die Universität, die nach den turbulenten 1970er Jahren eine andere Gestalt annahm.